

Braune Tüten

Der ehemalige VW-Chefdevisenhändler wurde verhaftet – er soll dicke Bündel Geld von dem gesuchten Makler Joachim Schmidt erhalten haben.

Nach der ersten Vernehmung sah für Burkhard („Bobby“) Junger alles recht gut aus. Der ehemalige Chefdevisenhändler des Volkswagenkonzerns bekam seinen Reisepaß wieder und fühlte sich sogar stark genug, seinen früheren Arbeitgeber wegen fristloser Kündigung zu verklagen.

Das war Mitte März. Doch inzwischen sehen die Staatsanwälte und die Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA), die den Devisenschwindel zu Lasten der Volkswagen AG aufklären sollen, wohl etwas klarer. Am ersten Aprilsonntag erschienen acht Fahnder in Jungers Wolfenbütteler Bungalow und nahmen den Devisenhändler fest. Laut Haftbefehl besteht dringender Verdacht der Untreue und Fluchtgefahr.

Am Freitag zuvor nämlich hatten Staatsanwälte und BKA-Leute einen wichtigen Zeugen gefunden. Eine ehemalige Sekretärin bestätigte vor dem Staatsanwalt, was der SPIEGEL am 23. März berichtet hatte: Der Frankfurter Devisenmakler Joachim Schmidt, seit Wochen verschwunden, pflegte beste Beziehungen zum VW-Chefdevisenhändler.

Schmidt dürfte nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen einer der Männer sein, die VW um fast eine halbe Milliarde Mark geschädigt haben (SPIEGEL 13/1987). Und VW-Devisenhändler Junger hat, so die Aussage der Zeugin, von Schmidt viel Geld bekommen.

Die ehemalige Sekretärin war selbst in einem Falle Geldbotin. Es war am Mittwoch, den 13. März 1985. Am Tag zuvor hatte Schmidt das Geld fernschriftlich mit dem Kodewort „Voulion“ bei dem Genfer Finanzinstitut Crédit des Bergues – in kuweitischem Besitz – angefordert. Es sollte bei der Hauptstelle der Deutschen Bank in Frankfurt bar ausbezahlt werden. Anschließend, so war vereinbart, sollte die Sekretärin mit dem Auto nach Braunschweig fahren und das Geld Bobby Junger im Intercity-Restaurant des Hauptbahnhofs übergeben.

Gegen elf Uhr an diesem Mittwochmorgen fuhren die Sekretärin und Baron Alexander („Sascha“) von Kemnitz, Freund und persönlicher Vertrauter von Schmidt, mit einem roten Audi 80 quattro der Firma Schmidt + Partner zur Deutschen Bank in der Junghofstraße. Während von Kemnitz das Geld abholte,

mußte die Sekretärin mehrmals um den Block fahren, da kein Parkplatz zu finden war.

Wieder zurück im Auto, zog der Baron, so die Schilderung der Sekretärin gegenüber den Ermittlungsbehörden, ein „rund zehn Zentimeter dickes Bündel 500- oder 1000-Mark-Scheine“ aus der Tasche. Von Kemnitz teilte das Bündel – etwa 400 000 Mark – auf vier braune DIN-A4-Tüten auf, die er mit einem Hefter verschloß.

Die Sekretärin fuhr über Bonn nach Braunschweig. Der Umweg über die Bundeshauptstadt war notwendig, weil Schmidt am nächsten Tag mit der Mittagmaschine der Aeroflot nach Moskau wollte. Die Mitarbeiterin sollte für ihn und einen Begleiter bei der sowje-



Devisenhändler Junger
Erst das Geld, dann Kaffee

tischen Botschaft in Bonn die erforderlichen Visa besorgen.

Die Visa-Abteilung der Botschaft war bereits geschlossen, so fuhr die Geldbotin direkt nach Braunschweig weiter. Unterwegs hielt sie mehrmals auf Rastplätzen und meldete sich bei ihrem Arbeitgeber, um ihren Standort durchzugeben.

Von einem öffentlichen Fernsprecher in Braunschweig rief sie dann schließlich Bobby Junger zu Hause in Wolfenbüttel an. Junger hatte auf den Anruf offensichtlich schon gewartet und wollte sofort kommen. Danach teilte die Sekretärin ihrem Chef in Frankfurt mit, sie sei in Braunschweig angekommen und habe gerade mit Junger telefoniert. Die Übergabe finde gleich statt.

Etwa 20 Minuten später traf Junger in dem Bahnhofsrestaurant ein. Die Sekre-

tärin übergab die vier Umschläge, der VW-Mann legte sie ohne Kommentar zur Seite. Junger wußte ganz offensichtlich, was sich in den Tüten befand.

Bei einer Tasse Kaffee, so die Zeugin in ihrer Aussage, unterhielten sich die beiden noch fast eine Stunde über gemeinsame Bekannte und die Arbeit bei Schmidt. Anschließend geleitete Junger die Geldbotin in seinem Audi zur nächsten Autobahnauffahrt nach Frankfurt.

Die Geschichte der ehemaligen Schmidt-Sekretärin erschien den Braunschweiger Staatsanwälten – wie die prompte Festnahme Jungers zeigt – durchweg glaubwürdig. Inzwischen konzentrieren sich die Fahnder auf den zweiten Hauptverdächtigen, Devisenmakler Schmidt, der vermutlich im Ausland ist.

In Bankenkreisen wird damit gerechnet, daß die VW-Affäre sich weiter ausweitete. Frankfurter Devisenhändler sind nervös geworden: Wenn Schmidt gefaßt wird, so fürchten viele, könnte er auspacken und noch so manchen ehemaligen Geschäftspartner belasten.

Es gebe eine „Vielzahl von Spuren“, sagt auch Oberstaatsanwalt Carl Hermann Retemeyer in Braunschweig. „Wir haben wahrscheinlich noch nicht einmal alle im Visier, die in Betracht kommen.“

ALPENLÄNDER

So a G'schiß

Neue Eskalation im Grenzkonflikt: Erst konnten österreichische Demonstranten nicht nach Bayern rein, jetzt dürfen prominente Christsoziale nicht aus Bayern raus.

Das darf im Freistaat doch nicht wahr sein: Bayerns Innenminister August Lang und der Umwelt-Staatssekretär Alois Glück wollten Aids, Atomkraft und Autobahngebühren diskutieren – im Feindesland.

Der Ausflug ins österreichische Salzburg, zu einer Live-Fernsehsendung des Bayerischen Rundfunks unter dem Titel „Das bayrisch-österreichische Fingerhaken“, wurde den beiden Münchner Staatsmännern von allerhöchster Stelle untersagt. Dabei hätten die Christsozialen geradezu ideale Bedingungen vorgefunden: Verantwortlicher Redakteur der Sendung war der ehemalige CSU-Presse Sprecher Dieter Kiehl, und als Moderator trat der im Umgang mit CSU-Prominenz abgeklärte Profi Michael Stiegler auf.

Den Tatort, die Gaststätte „Grimpelstätter“, schirmte Polizei vorsichtshalber gegen Demonstranten ab, und unter den Diskussionsteilnehmern befanden sich lediglich zwei eher biedere Kernkraftgegner. In der Runde wären die Gäste aus München, so Stiegler, „auf Händen

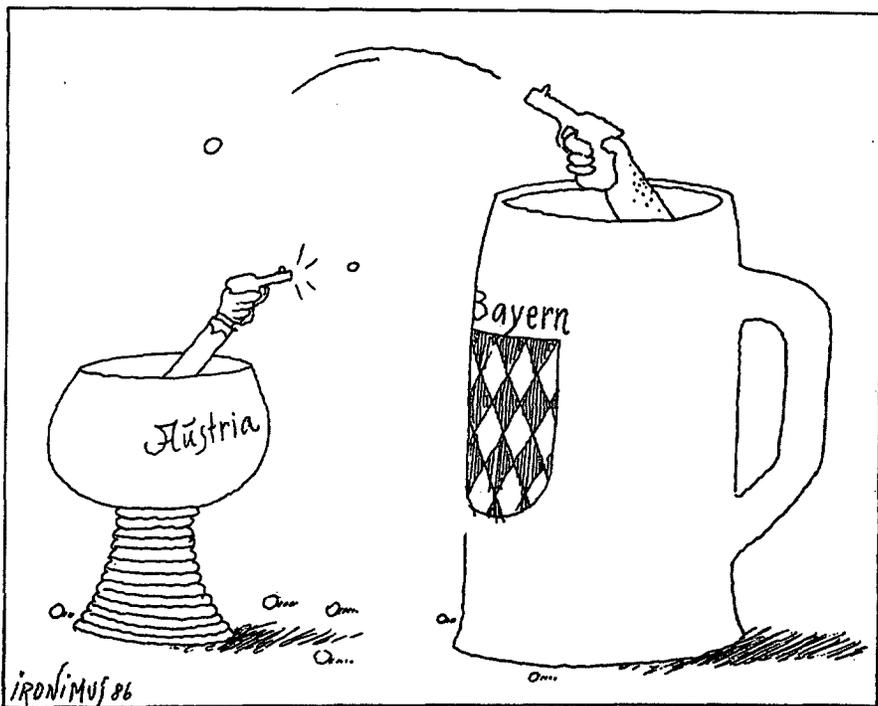
hereingetragen und gestreichelt worden“.

Doch Lang und Glück gehorchten, 24 Stunden vor dem geplanten Fingerhakeln am Dienstag vergangener Woche, widerstandslos einer Weisung ihres Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Der begründete das Reiseverbot ganz fürsorglich: Er könne doch nicht zulassen, so der Regierungschef, „daß bayrische Kabinettsmitglieder im Ausland angepöbelt werden und dann möglicherweise der Diskussion nicht gewachsen sind“.

Der Dauerkonflikt zwischen den Nachbarländern ist, so Bayerns Oppositionsführer Karl-Heinz Hiersemann, um einen neuerlichen „teils peinlichen, teils feindseligen Akt“ bereichert worden: Voriges Jahr konnten Österreicher, die

Himmels und machte die Grenze für Demonstranten aus dem Nachbarland dicht. Wien verwarf sich gegen diese Verletzung von „Geist und Buchstaben der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte“. Gegenschlag: Die Bayern luden den damaligen österreichischen Vizekanzler Norbert Steger aus, der sich in Wackersdorf informieren wollte. Die britische „Sunday Times“ fragte schon besorgt, ob sich Bayern im Krieg („Bavaria at war“) befinde.

Die Vermittlungsversuche von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der die Österreicher während der Salzburger Festspiele besänftigen wollte, fruchteten nichts. Nächste Bayern-Attacke: Alle Ausländer aus Nicht-EG-Staaten, Österreicher inklusive, sollen sich künftig im Freistaat auf Aids testen



Süddeutsche Zeitung

gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf protestieren wollten, nicht nach Bayern einreisen; nun dürfen CSU-Politiker, die sich „wie Schulbuben behandeln und öffentlich lächerlich machen lassen“ (Hiersemann), nicht mehr aus Bayern ausreisen.

Zwischen den Knödelessern beiderseits von Salzach und Inn „fliegen die Fetzen“, wie die Münchner „Abendzeitung“ kommentierte, seit in der fernen Ukraine eine Kernschmelze die Menschheit aufschreckte. Die Österreicher, von ausländischen Kernkraftwerken förmlich umzingelt, protestierten gegen Wackersdorf, was die Freistaatler scharf zurückwiesen als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bayerns“.

Seither eskaliert der Alpenkrieg. Strauß drohte der österreichischen Luftwaffe mit der Sperrung des Bayern-

lassen müssen, wenn sie dort ihr Geld verdienen wollen.

Im Gegenzug drohten die Österreicher vorige Woche damit, für alle deutschen Autofahrer eine Maut auf den Autobahnen zu kassieren, Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann gab zurück: Dann dürften die Österreicher „auf unseren Straßen auch nicht mehr kostenlos fahren“. Und der CSU-Landtagsabgeordnete Richard Gürteler legte nach: Die Österreicher betrieben „Wegelagerei aus dem Mittelalter“.

In diesem aufgeheizten Grenzkonflikt hatte der Bayerische Rundfunk mit seiner Salzburger Fingerhakel-Sendung vermitteln wollen. Mit der Absage von August Lang und Alois Glück jedenfalls hatten die Veranstalter überhaupt nicht gerechnet; Moderator Stiegler: „Daß die so a G'schiff machen, hätt' i net glaubt, des is doch eigentlich a Skandal.“

Beim „Zoff in der Straußschen Kinderkrippe“, so kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“, seien „der Gustl und der Alisi“ halt einer „pädagogischen Aktion“ zum Opfer gefallen. Landesvater Strauß nämlich, der selbstgesalbte Alpen-Kini, duldet seit seinem Besuch des Wiener Opernballs Anfang März gegenüber dem Nachbarn kein Entgegenkommen mehr.

Tänzer Strauß wurde von der österreichischen Presse nicht nur als „Kraftlack“ und „alter Sturschädel“ geschmäht; die Kommentatoren bedeuteten ihm auch, daß er besser daheim geblieben wäre: „Kein Mensch hatte je etwas gegen den bayrischen Biertrinker“, höhnte etwa die Wiener „Kronenzeitung“, „der brav im Sog vom Wienerwald-Hendlvater Jahn da antanzte und seinen breiten Hintern in eine Opernball-Loge quetschte. Doch einen Strauß mit Wackersdorf- und Aids-Sprüchen rettet auch kein Frack mit Orden.“

Auf diesem „Höhepunkt an Feindseligkeit und Geschmacklosigkeit“ verlangte der Strauß-Stellvertreter und Sozialminister Karl Hillermeier vergeblich vom österreichischen Bundeskanzler Vranitzky, sich „eindeutig“ von solchen „unflätigen Beleidigungen“ zu distanzieren. Doch die Wiener mochten sich nicht zu einem Kotau herbeilassen und verwiesen die Bayern auf die in der Republik Österreich herrschende Pressefreiheit.

So wird deutlich, warum der bayrische Landesregierungschef den Lang-Gustl und den Glück-Alisi in einer Kabinettsitzung nach der Fingerhakel-Affäre arg rüffelte. Ehe sich die Wiener nicht bei ihm entschuldigten, belehrte Strauß, könnten die Bayern nicht „umsteigen auf Volksfestcharakter und gemütliche Plauderstunden mit Stub'nmusi“. Kleinlaute Erwidern der Gescholtenen, sie hätten es doch „nicht böse gemeint“ und nur vermitteln wollen, ließ der Chef nicht gelten: Wenn einer hier vermittele, so Strauß, dann nur er selber.

Die Kabinettsrunde nahm es hin. Ein Teilnehmer resümierte: „Der Strauß is halt a so, da muß man den Kopf einziehen.“

Erbot zeigte sich der Ministerpräsident aber vor allem darüber, daß der Bayerische Rundfunk versucht hatte, seine Kabinettsmitglieder ins feindliche Ausland zu locken. „Warum“, wollte er wissen, „macht ihr das nicht in Berchtesgaden?“ Vor Landtagsjournalisten malte der Regierungschef weitere Konsequenzen aus: „Das nächste Mal geht der Bayerische Rundfunk dann nach Moskau oder nach Kuba.“ Da sei es doch wohl selbstverständlich, wenn er von seinem Recht Gebrauch mache, Auslandsreisen zu genehmigen oder zu untersagen. Strauß: „Sonst haben wir ja keine Ordnung mehr, und ich kann das Landeskriminalamt beschäftigen, um fahnden zu lassen, wo sich die Minister jeweils aufhalten.“